

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 18/6504 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) auf Grundlage der Resolution 1996 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Juli 2011 und Folgeresolutionen, zuletzt 2241 (2015) vom 9. Oktober 2015

A. Problem

Die Bundesregierung hat am 28. Oktober 2015 die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan bis längstens 31. Dezember 2016 mit bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten beschlossen. Mit dem vorliegenden Antrag wird der Deutsche Bundestag um Zustimmung hierzu gebeten.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Mission der Vereinten Nationen in Südsudan (United Nations Mission in the Republic of South Sudan, UNMISS) 2011 mit Resolution 1996 eingerichtet. In Reaktion auf die Verschärfung der innerstaatlichen Konflikte hat der Sicherheitsrat mit Resolution 2155 (2014) vom 27. Mai 2014 die Aufgaben der Mission neu ausgerichtet. Prioritär sind nun Maßnahmen zum Schutz der südsudanesischen Zivilbevölkerung. Mit Resolution 2241 (2015) vom 9. Oktober 2015 wurde das Mandat der Mission um Aufgaben zur Unterstützung der Implementierung des Friedensabkommens vom August 2015 erweitert. Dieses Abkommen haben die Rebellenorganisationen Sudan People's Liberation Movement/Army-in-Opposition (SPLM/A-iO) und eine Gruppe politischer Führungspersonlichkeiten und die südsudanesische Regierung im August 2015 nach über 20 Monaten Bürgerkrieg unterzeichnet. Die Umsetzung dieses Abkommens wird durch die internationale Gemeinschaft erheblich unterstützt und überwacht werden müssen. Der deutsche militärische Beitrag für UNMISS soll weiterhin die Beteiligung mit Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission sowie Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffizieren vorsehen. Darüber hinaus kann im Bedarfsfalle mit deutschem Personal eine temporäre Ausbildungsunterstützung von VN-Angehörigen im Hauptquartier UNMISS erfolgen. Derzeit sind 16 Soldatinnen und Soldaten bei UNMISS eingesetzt. Das deutsche Engagement bei UNMISS ist Teil der langjährigen Bemühungen der Bundesregierung um eine dauerhafte Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung in Sudan und Südsudan, die neben der militärischen Komponente auch eine polizeiliche Komponente enthalten, humanitäre Hilfsmaßnahmen und Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die deutsche Präsenz bei UNMISS

sowie die enge Kooperation mit der Mission stellt eine wichtige Bedingung für die Wirksamkeit des deutschen bilateralen sowie des europäischen Engagements in Südsudan dar.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss nimmt gem. § 96 GO BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/6504 anzunehmen.

Berlin, den 10. November 2015

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Niels Annen
Berichterstatter

Jan van Aken
Berichterstatter

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Jürgen Hardt, Niels Annen, Jan van Aken und Dr. Frithjof Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/6504** in seiner 133. Sitzung am 5. November 2015 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie gem. § 96 GO BT dem Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Die Bundesregierung hat am 28. Oktober 2015 die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan bis längstens 31. Dezember 2016 mit bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten beschlossen. Mit dem vorliegenden Antrag wird der Deutsche Bundestag um Zustimmung hierzu gebeten.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Mission der Vereinten Nationen in Südsudan (United Nations Mission in the Republic of South Sudan, UNMISS) 2011 mit Resolution 1996 eingerichtet. In Reaktion auf die Verschärfung der innerstaatlichen Konflikte hat der Sicherheitsrat mit Resolution 2155 (2014) vom 27. Mai 2014 die Aufgaben der Mission neu ausgerichtet. Prioritär sind nun Maßnahmen zum Schutz der südsudanesischen Zivilbevölkerung. Mit Resolution 2241 (2015) vom 9. Oktober 2015 wurde das Mandat der Mission um Aufgaben zur Unterstützung der Implementierung des Friedensabkommens vom August 2015 erweitert. Dieses Abkommen haben die Rebellenorganisationen Sudan People's Liberation Movement/Army-in-Opposition (SPLM/A-iO) und eine Gruppe politischer Führungspersonlichkeiten und die südsudanesische Regierung im August 2015 nach über 20 Monaten Bürgerkrieg unterzeichnet. Die Umsetzung dieses Abkommens wird durch die internationale Gemeinschaft erheblich unterstützt und überwacht werden müssen. Der deutsche militärische Beitrag für UNMISS soll weiterhin die Beteiligung mit Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission sowie Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffizieren vorsehen. Darüber hinaus kann im Bedarfsfalle mit deutschem Personal eine temporäre Ausbildungsunterstützung von VN-Angehörigen im Hauptquartier UNMISS erfolgen. Derzeit sind 16 Soldatinnen und Soldaten bei UNMISS eingesetzt. Das deutsche Engagement bei UNMISS ist Teil der langjährigen Bemühungen der Bundesregierung um eine dauerhafte Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung in Sudan und Südsudan, die neben der militärischen Komponente auch eine polizeiliche Komponente enthalten, humanitäre Hilfsmaßnahmen und Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die deutsche Präsenz bei UNMISS sowie die enge Kooperation mit der Mission stellt eine wichtige Bedingung für die Wirksamkeit des deutschen bilateralen sowie des europäischen Engagements in Südsudan dar.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 18/6504 in seiner 74. Sitzung am 10. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/6504 in seiner 50. Sitzung am 10. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/6504 in seiner 45. Sitzung am 10. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/6504 in seiner 44. Sitzung am 10. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/6504 in seiner 52. Sitzung am 10. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im Haushaltsausschuss

Der **Haushaltsausschuss** nimmt gem. § 96 GOBT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 10. November 2015

Jürgen Hardt
Berichterstatler

Niels Annen
Berichterstatler

Jan van Aken
Berichterstatler

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatler

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.